

Susanne Schröter

„Europäische Werte, Sicherheit und Rechtsstaat“, Vortrag, gehalten am 7.7.2025 im Rahmen des Sommergesprächs der Hessischen CDU-Fraktion

Liebe Frau Claus, meine Damen und Herren,

ich freue mich sehr, heute über ein Thema sprechen zu dürfen, das alles beinhaltet, was für unsere Zukunft relevant ist: Europäische Werte, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit.

Im Kern geht es um die Zukunft der liberalen Demokratie, also um **die** Staats- und Gesellschaftsform, die in vielerlei Hinsicht einzigartig ist. Sie hat Europa und den Teil der Welt, der gemeinhin Westen genannt wird, zur freiesten, wohlhabendsten und sozialsten Region der Erde gemacht. Nirgendwo werden die Freiheitsrechte des Individuums stärker geschützt, haben Frauen im Kampf für Gleichberechtigung mehr erreicht, können sexuelle, ethnische und religiöse Minderheiten ihre Anliegen besser geltend machen. Nirgendwo profitiert die Bevölkerung mehr von steuerbasierten sozialen Einrichtungen, einem hoch entwickelten Gesundheitssystem und kostenloser Bildung.

Dass wir heute sind, wo wir sind, ist ganz maßgeblich das Ergebnis der Aufklärung, die im 16. Jahrhundert mit Nikolaus Kopernikus (1473–1543), Giordano Bruno (1548–1600), Johannes Kepler (1571–1630) und Galileo Galilei (1564–1642) begann. Es waren kluge und unerschrockene Männer, die die Wissenschaften aus verkrusteten Dogmen befreiten und den Weg für eine technologische Revolution ebneten, der in der Geschichte der Menschheit singulär war. Dafür nahmen sie Konflikte mit der Obrigkeit in Kauf und riskierten sogar das eigene Leben. Galilei und Bruno wurden wegen Ketzerei verurteilt, Bruno sogar auf dem Scheiterhaufen verbrannt.

Das philosophische Fundament, auf dem sich so unterschiedliche Gelehrte wie die Genannten, aber auch René Descartes und Voltaire, Issak Newton und Gottfried Wilhelm Leibnitz, Jeremy Bentham, Baruch de Spinoza und die Brüder Alexander und Wilhelm von Humboldt bewegten, war – anderes als dies heute in gewissen Kreisen üblich ist, nicht das Gefühl – sondern die Vernunft. Dessen Gebrauch hatte Immanuel Kant empfohlen, um sich aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit zu befreien.

Die Aufklärung, die zusammen mit dem christlichen und jüdischen Menschenbild die Grundlage einer freien Welt legte, war von Anfang an eine europäische Angelegenheit. Die Freigeister reisten umher, sie lasen die Texte der jeweils anderen und sie bezogen sich aufeinander. Ein Beispiel zeigt, wie über die Grenzen hinweg gedacht und gehandelt wurde. Es führt uns nach England, wo der Philosoph John Locke (1632–1704) die Idee der Gewaltenteilung und der Machtbegrenzung des Staates entwickelte. Etwas später machte der Franzose Jean-Jaques Rousseau die Idee der Volkssouveränität zum zentralen Bestandteil seines Konzepts eines Gesellschaftsvertrags. Seiner

Meinung nach sei der Mensch zwar frei geboren, liege aber überall in Ketten, weshalb Handlungsbedarf bestehe. Während Locke im liberalen England wenig zu befürchten hatte, wurde Rousseaus 1762 veröffentlichtes Buch über den Gesellschaftsvertrag in Frankreich und selbst in den liberaleren Niederlanden verboten. In Paris und Genf wurden Haftbefehle erlassen, doch letztendlich erhielt Rousseau bei dem für seine Toleranz bekannten Friedrich II. von Preußen Asyl. Das war Europa.

Die Wirkung von Locke und Rousseau ging jedoch weit über Europa hinaus. Zentrale Elemente ihrer Gedanken finden sich nämlich auch in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776, in der es heißt: „Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht, dass alle Menschen gleich erschaffen worden, dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt worden, worunter sind Leben, Freyheit und das Bestreben nach Glückseligkeit. Dass zur Versicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingeführt worden sind, welche ihre gerechte Gewalt von der Einwilligung der Regierten herleiten.“

Von Anbeginn an gab es auch Aufklärerinnen, wie die Mathematikerin und Philosophin Émilie du Chatelet (1706–1749), die Newtons Schriften übersetzte und mit Voltaire zusammen publizierte. Sie wurde von Kant wegen ihres scharfen Verstandes gelobt und 1746 in die Akademie der Wissenschaften zu Bologna aufgenommen. Als erste Frau. Die Französin Olympe de Gouges ist ein anderes Beispiel für weiblichen Einfluss auf die Aufklärung. Sie ergänzte die Parole der französischen Revolution „Liberte, egalite, fraternite“ durch ein Manifest der Frau und Bürgerin. Dafür wurde sie auf dem Schafott hingerichtet.

Der Weg von den guten Ideen zur politischen Praxis war lang und gefährlich. Die Französische Revolution mündete erst in den jakobinischen Terror und dann in die Restauration, und auch in Deutschland ging es oft zwei Schritte nach vorne und dann einen wieder zurück. Denken wir an die am 28. März 1849 in der Paulskirche verabschiedete Reichsverfassung, die Versammlungs-, Vereins- und Glaubensfreiheit, die Freiheit der Presse und die Abschaffung der Zensur vorsah. Die größeren Staaten des Deutschen Bundes stimmten damals gegen die Verfassung, zwangen ihre Abgeordneten, die Mandate niederzulegen, und schließlich wurde die Nationalversammlung am 18. Juni 1849 aufgelöst.

Trotz aller Gegenbewegungen, allen Scheiterns, aller Kriege auf europäischem Boden, trotz des Kolonialismus, des Nationalsozialismus und faschistischer Regime in vielen Ländern blieb die Idee der Freiheit lebendig – wenngleich manchmal nur im Verborgenen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Zeit endlich reif für das große Projekt der liberalen Demokratie, die sich durch die Freiheitsrechte des Einzelnen ebenso auszeichnet wie durch Rechtsstaatlichkeit, die Begrenzung staatlicher Macht durch Gewaltenteilung, demokratische Wahlen sowie die Delegation der Regierungsgeschäfte an Abgeordnete, die allein ihrem Gewis-

sen verpflichtet sind. Hier beginnt auch die Idee eines vereinigten Europas, des größten Friedensprojektes der jüngeren Geschichte, das uns ein Leben in einer Sicherheit ermöglicht, die bis dahin unbekannt war. Der Stachel im Fleisch war damals der Kommunismus, die mit den Schriften von Marx und Engels in der Mitte des 19. Jahrhunderts ebenfalls ein Produkt der Aufklärung war, aber in Regimen endete, die die eigene Bevölkerung mit Stacheldraht und Scharfschützen vor der Flucht in einen freien Westen hindern musste.

Als sich in den ausgehenden 1980er-Jahren in China Reformen ankündigten und die Sowjetunion als letztes europäisches Bollwerk des Totalitären zusammenbrach, herrschte allenthalben optimistischer Überschwang. Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama verkündete das „Ende der Geschichte“ und damit den weltweiten Sieg der liberalen Demokratie. Heute wissen wir, dies war voreilig. Überall erstarken nämlich zurzeit autoritäre Regime, bilden sich antidemokratische Allianzen, läuft Europa Gefahr marginalisiert zu werden.

Gravierender als außenpolitische Problemlagen sind jedoch Verwerfungen innerhalb demokratischer Gesellschaften, die rasche Verbreitung antiliberaler Ideen und die Rede von einem anbrechenden postliberalen Zeitalter, wie sie vom amerikanischen Politikwissenschaftler Patrick J. Deneen von der Notre Dame University oder vom israelischen Philosophen Yoram Hazony vertreten werden. Hazony fordert ein Ende des Multilateralismus und die Auflösung der Europäischen Union. Auch in Deutschland haben radikale Akteure dem Liberalismus dezidiert den Kampf angesagt. Zu ihnen gehört der AfD-Politiker Maximilian Krah, der gern mit geschichtsrevisionistischen Aussagen provoziert und eine ethnonationalistische Blut-und-Boden-Ideologie vertritt. Die Zukunftsvision der Postliberalen sind teilweise fatalistisch, teilweise aber auch durch die Hoffnung auf einen siegreichen Kulturkampf und eine Revitalisierung des Vergangenen inspiriert.

Befeuert werden diese rückwärtsgewandten Utopien durch die Abgrenzung zu einem woke-linken Postkolonialismus, dessen Vertreter westliche Gesellschaften als strukturell rassistisch, sexistisch, transphob und ausbeuterisch ablehnen. Die eingangs erwähnten Gelehrten der Aufklärung gelten postkolonialen Akteuren als Truppe „alter weißer Männer“, mit denen man sich nicht mehr beschäftigen möchte. Wo bei Postliberalen auf die Nation, die Religion oder ein völkisches Kollektiv fokussiert wird, steht bei woken Linken die Idee einer postnationalen Welt, in der Grenzen der Vergangenheit angehören und jeder Mensch an jedem Ort die gleichen Ansprüche geltend machen kann. Unschwer kann man darin Prinzipien einer linken Migrationspolitik erkennen, deren fatale Folgen wir gegenwärtig in unseren überlasteten Kommunen und in einer erodierenden Sicherheitslage sehen können. Sexuelle Übergriffe und mit Messern begangene Gewalttaten verunsichern die Bevölkerung nachhaltig, werden aber im woken Kontext ebenso nachhaltig geleugnet oder relativiert. Das Schweigen in Medien und Behörden liegt auch daran, dass Islamisten in vielfältiger Weise Allianzen mit linken Akteuren eingegangen sind und ihre

Agenda in politische Programme der Politik einspeisen konnten. Sie haben Kunstbegriffe wie Islamophobie oder antimuslimischer Rassismus erfunden, um Kritik am Islamismus zu delegitimieren und setzten damit Vorgaben um, die einst von der „Organisation für Islamische Zusammenarbeit“ angestoßen wurden. Diese Organisation, der alle islamisch geprägten Länder angehören, hatte im Jahr 1990 in Kairo eine islamische Menschenrechtserklärung verabschiedet, die alle Menschenrechte unter den Vorbehalt ihrer Vereinbarkeit mit der Scharia stellte.

Etliche dieser Länder sind auch als Förderer des islamischen Terrorismus bekannt, der seit 25 Jahren westliche Länder heimsucht. Es waren übrigens die Anschläge des 11. September 2001, die Fukuyama dazu brachten, seine sonnige Zukunftsvision zu überdenken. Anschläge, die übrigens mit maßgeblicher Beteiligung arabischer Terroristen durchgeführt wurden, die im Hamburg studiert und sich wahrscheinlich sogar in der Hansestadt radikalisiert hatten. Die Moschee, in der sie gemeinsam beteten, war bis zum Jahr 2010 ein bekannter Treffpunkt für Dschihadisten, in der auch später noch junge Menschen für den Krieg im Namen des Islam angeworben wurden. Warum man dem Treiben jahrelang zugesehen hat, wirft Fragen auf. Möglicherweise ist es eine Folge des Nicht-Ernst-Nehmens, das den Umgang mit Islamisten bis auf den heutigen Tag kennzeichnet. In der Politik möchte man sich nicht die Finger verbrennen, in der Wissenschaft hat man Angst, als islamfeindlich stigmatisiert zu werden, und bei vielen Präventionsanbietern hat sich frühzeitig die These durchgesetzt, dass muslimischer Extremismus eine Folge von Diskriminierungserfahrungen sei. Das passt wiederum zur woken Auffassung einer strukturell rassistischen und aus diesem Grund für die Gewalt verantwortlichen deutschen Gesellschaft.

Dabei erkennt man allerdings, dass Dschihadismus ein internationales Problem ist, dessen Opfer vorwiegend in der islamisch geprägten Welt zu beklagen sind. Es sind religiöse Minderheiten, häufig Christen, deren Dörfer überfallen, Gotteshäuser gestürmt, Mädchen entführt und zwangs-islamisiert, Frauen, die vergewaltigt werden. Und es sind liberale Muslime, denen oft nur die Flucht bleibt, weil der Vorwurf der Apostasie oder Häresie ein Todesurteil darstellt.

Islamistische Netzwerke sind international aufgestellt und durch die Migration bedingt, steht Europa nach wie vor im Visier von Terroristen. Das hat Folgen. Auch in unseren Gesellschaften ist niemand mehr sicher, der sich kritisch oder sogar satirisch mit dem Islamismus auseinandersetzt. Die Fatwa gegen Salman Rushdie, die lebenslange Bedrohung des dänischen Karikaturisten Kurt Westergaard, der Anschlag auf die Redaktion des Magazins Charlie Hebdo und die Enthauptung des französischen Lehrers Samuel Paty haben einen nachhaltigen Effekt erzeugt. Ich würde behaupten, dass auch in Deutschland keine Witze mehr über Dinge gemacht werden, die mit dem Islam zu tun haben. Wir erleben sozusagen eine Wiederkehr der Kämpfe der Aufklärung in neuem Gewand. Wir sind klug beraten, uns an Voltaire zu erinnern, der stets gegen Fanatismus und Intoleranz stritt. Dessen Theaterstück Mahomet sollte 1993 anlässlich seines 300. To-

destages in Genf aufgeführt werden. Nach einer Medienkampagne islamistischer Akteure wurde die Aufführung wieder abgesagt.

Doch trotz aller Gefahren, die vom Dschihadismus ausgeht, ist er nicht das größte Problem. Stärker sollte uns beunruhigen, dass Demonstranten seit Monaten mit Flaggen des Islamischen Staates durch Berlin ziehen, ohne daran gehindert zu werden. Dass martialisch auftretende Gruppen von Islamisten in Essen, Hamburg und Berlin die Einführung des Kalifats fordern, dass in europäischen und amerikanischen Städten zur Tötung von Juden aufgerufen und Hamas-Propaganda verbreitet wird. In Frankreich kam es in den ersten beiden Dekaden des 20. Jahrhunderts zu einer Reihe barbarischer Folterungen und Morde an Juden durch Muslime, teilweise von deren Nachbarn verübt. Damals verließen 100.000 von 500.000 französischen Juden das Land, gingen häufig nach Israel, in den Staat, der seit seinem Bestehen wieder ausradiert werden soll, wenn es nach dem Willen vieler Muslime und ihrer linken Unterstützer in Universitäten und Kultureinrichtungen geht. Mittlerweile höre ich auch in Deutschland von meinen jüdischen Freunden, dass sie auf gepackten Koffern sitzen.

Die deutsche Verantwortung gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern, die Bekundung „Nie wieder!“ werden hohl, wenn jüdische Studenten sich nicht mehr an die Hochschulen trauen und wenn die Berliner Polizeipräsidentin Juden davor warnt, in Quartiere mit arabischer Einwohnerschaft zu gehen. Antisemitismus verbindet Rechtsradikale mit Linksradikalen und Islamisten. Er ist gewissermaßen der ultimative Lackmustest für Menschenfeindlichkeit und antidemokratische Einstellungen und sollte in allen seinen Erscheinungsformen nicht länger relativiert werden.

Islamismus begegnet uns aber auch in anderen Feldern unseres Alltags. In der Berliner Charité und an der Christian-Albrecht-Universität in Kiel führten muslimische Studentenvereinigungen jüngst Veranstaltungen durch, in denen Männer und Frauen nach den Vorgaben der Scharia getrennt sitzen mussten. Männer vorne, Frauen hinten. In Kiel soll zudem ein salafistischer Influencer aufgetreten sein, der auf seiner Instagram-Seite gegen Christen und Atheisten hetzt, die Todesstrafe für Apostasie fordert und seine Gefolgschaft auf einen strikten Missionierungskurs einschwört. Das erinnert an Konflikte um Gebetsräume, die zehn Jahre zuvor an mehreren Universitäten eingerichtet und dann wieder geschlossen wurden, nachdem dort die Geschlechtertrennung erzwungen wurde, Salafisten die Szene dominierten und Nichtmuslimen der Zugang zum Stockwerk verwehrt wurde. Viele Islamisten in Deutschland sind Bildungsaufsteiger, und auch im Ausland verfügt die islamistische Führungselite häufig über einen Universitätsabschluss – gern im Fach der Islamischen Theologie. Dass Bildung nicht vor Extremismus schützt, wissen wir übrigens auch aus der deutschen Geschichte. 1933 liefen Professoren in Scharen zur NSDAP über, und in den 1970er-Jahren mordeten Vertreter der Bildungselite für die Rote-Armee-Fraktion. Heute sind es muslimische Studentenorganisationen, die die Scharia für wichtiger halten als das Grundgesetz. Die Verblendung betrifft übrigens auch Studentinnen der Islamischen

Theologie, von denen die Hälfte in einer Befragung der Universität Münster angab, das Studienfach nur deshalb gewählt zu haben, um besser in Deutschland missionieren zu können.

Dass sogar kleine Kinder bereits im Geiste des Islamismus tätig werden, zeigen mehrere Beispiele religiösen Mobbing in Schulen, die gerade offenkundig wurden. Eines davon betrifft einen Berliner Lehrer, dessen Leben sich in einen Albtraum verwandelte, nachdem er seinen mehrheitlich muslimischen Grundschulern auf deren Frage nach seiner Ehefrau, geantwortet hatte, er sei mit einem Mann verheiratet. Bei den Kindern, mit denen er bis dahin ein gutes Verhältnis gehabt hatte, verspielte er sich dadurch alle Sympathien. Sie beschimpften ihn nach dem Outing bei jeder erdenklichen Gelegenheit, bis er schließlich mit einem posttraumatischen Belastungssyndrom zusammenbrach. Die hasserfüllte Schwulenfeindlichkeit war offenbar islamisch fundiert. Er sei eine Schande für den Islam, wurde ihm entgegengeschrien, und: der Islam sei hier der Chef.

Das Islamismusproblem an Berliner Schulen ist seit langem bekannt. Bereits 2012 machte eine Studie der Stiftung des „Sozialpädagogischen Institut Berlin“ auf den wachsenden Einfluss islamistisch geprägter Schüler aufmerksam, der sich auch in Homosexuellen-, Christen-, Alewiten- und Frauenfeindlichkeit äußerte. Ein islamisch begründeter Verhaltenskodex werde mit repressiven Mitteln durchgesetzt, so die Autoren, und sogar Schulanfängerinnen stünden unter Druck sich „islamisch“ zu bekleiden. Dass Schülerinnen, die sich nicht den islamischen Benimmregeln unterwarfen, einer Vielzahl von Schikanen und sogar sexuellen Belästigungen ausgesetzt waren, hatte zehn Jahre später der Neuköllner „Verein für Demokratie und Vielfalt“ moniert und eine genaue Erfassung des Problems gefordert. Allerdings sind islamistische Umtreibe an Schulen kein spezifisches Berliner Problem. Gerade sind ähnliche Verhältnisse in Hamburg bekannt geworden. Und eine Reihe von Lehrerinnen hat sich sogar bundesweit mit eigenen Publikationen dazu zu Wort gemeldet. Eine von ihnen ist Julia Wöllenstein aus Kassel, eine andere Ingrid König aus Griesheim.

Bundesbildungsministerin Karien Prien hat auf die Aussage des Schülers, der Islam sei der Chef, geantwortet: Chef sei das Grundgesetz. Das ist richtig, aber bei der Umsetzung ist reichlich Luft nach oben. Viele Lehrer sind verunsichert. Ihnen fehlt das Wissen, normale Frömmigkeit von Extremismus zu unterscheiden und sie haben Angst als Rassisten gebrandmarkt zu werden, wenn sie gegen islamistische Umtreibe vorgehen. Das ist in anderen Institutionen nicht anders.

Obwohl Islamismus eine existentielle Bedrohung der Demokratie ist, besteht doch eine große Scheu, sich damit zu befassen. Es gibt keinen einzigen Lehrstuhl für die Erforschung des Islamismus, und einen Expertenkreis politischer Islamismus, den Horst Seehofer im letzten Jahr seiner Amtszeit als Bundesinnenminister ins Leben gerufen hatte, löste seine Nachfolgerin Nancy Faeser umgehend wieder auf – weil es angeblich keine Relevanz gäbe. Das ist weder verständlich noch akzeptable. Ein Blick in andere europäische Länder, nach Frankreich, England,

Belgien oder Schweden zeigt, wo wir in fünf oder zehn Jahren sein werden, wenn wir weitermachen wie bisher. In den Banlieues, so der Islamwissenschaftler Bernard Rougier, haben Salafisten bereits die Macht übernommen und ein islamistisches Gegenuniversum geschaffen. In Bristol und anderen britischen Quartieren, in denen viele Muslime leben, versuchen muslimische Eltern erfolgreich Themenbereiche aus dem Lehrplan zu streichen, wenn sie diese nicht für islamkonform halten. Schweden kämpft verzweifelt gegen muslimische Banden, die die Städte terrorisieren und der muslimische Polizeipräsident von Brüssel, der Gast in einer der Konferenzen war, die ich im Rahmen des von mir geleiteten Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam veranstaltet habe, schilderte die Verhältnisse in Belgien in wahrhaft düsteren Farben.

Wie andere gegenwärtige Herausforderungen muss das Problem des Islamismus gleichzeitig auf nationaler und auf europäischer Ebene angegangen werden. Dafür existieren bereits Ansätze von Strukturen, die weiter ausgebaut werden könnten. Natürlich unter aktiver Beteiligung von moderaten und liberalen Muslimen, die selbst unerschrockene Kritiker des Islamismus sind. Es sind Muslime wie der Psychologe Ahmad Mansour oder die Imamin Seyran Ates, die in Berlin die Ibn-Rusht-Göthe-Moschee leitet. Die Frage ist nämlich nicht, ob der Islam zu Europa und Deutschland gehört, sondern welcher Islam es ist, der zur freiheitlichen Demokratie und unserem demokratischen Rechtsstaat passt. Die Antwort ist in Deutschland ebenso eindeutig zu beantworten wie in Frankreich, Dänemark, Österreich oder Belgien: Es kann nur ein Islam sein, der die europäischen Werte nicht als Zumutung versteht, die er sobald wie möglich abzuschaffen versucht, sondern ein Islam, der sich selbst in die Tradition der Aufklärung stellt.